

## Am Augsburger Platz soll es ruhiger werden

■ Bad Cannstatt: Bezirksbeiratsfraktionen der SPD und Grünen fordern Rückbau der Fahrbahnen

Die Bezirksbeiratsfraktionen der SPD und der Grünen fordern die Umsetzung des Lärmaktionsplans im Bereich des Augsburger Platzes. So sollen Teile der Gnesener, Augsburger und Nürnberger Straße nur noch einspurig befahrbar sein. Die Mittel dafür sollen bereits in den kommenden Haushalt 2012/2013 eingestellt werden.

VON ULI NAGEL

Der Lärmaktionsplan, den der Stuttgarter Gemeinderat im November 2009 beschlossen hatte, ist ein reines Strategiepapier. Eine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung besteht nicht (siehe Anhang). Dennoch ist die Stadt bemüht, das extrem umfangreiche Maßnahmenpaket in den folgenden Jahren abzubauen, wobei einige Punkte sogar schon realisiert wurden. Unter anderem Geschwindigkeitsbegrenzungen beim Johan-

nesgrabentunnel (Vaihingen), Kombitickets bei allen Großveranstaltungen im Neckarpark oder wie zuletzt die erhöhte Lärmschutzwand in Zufenhausen entlang der B 10/B 27. Das Thema Lärm wird schon seit Jahrzehnten auch in der Cannstatter Kommunalpolitik rauf und runter diskutiert. Wobei insbesondere die Grünen immer wieder längst versprochenen Rückbaumaßnahmen einfordern (Nürnberger Straße) und auf eine Stärkung von ÖPNV und Radverkehr drängen. So auch rund um den Augsburger Platz. Dort ist laut dem Aktionsplan der Verkehrslärm sehr hoch, der jedoch nach Meinung der Cannstatter Grünen und SPD unverzüglich reduziert werden kann. Unabhängig davon, dass langfristig der Verkehrsknoten einmal umgestaltet werden soll.

Beide Bezirksbeiratsfraktionen fordern deshalb folgende Straßenabschnitte durch Abmarkierung auf nur noch eine Fahrbahn zu reduzieren: Die Augsburger Straße nach der Rampe zur Nürnberger Straße sowie nach der SSB-Haltestelle Ebitzweg Richtung Untertürkheim. Auch die Gnesener Straße könne in beiden Fahrtrichtungen unter dem Augsburger Platz hindurch auf eine Spur verzichten. Auf der Nürnberger beziehungsweise Waiblinger Straße schlagen die beiden Fraktionen vor, ebenfalls eine Fahrspur stadteinwärts zwischen der Remstalstraße und der Einmündung Freiligrathstraße wegzunehmen.

Nach Meinung der SPD und der Grünen können die Vorschläge zügig umgesetzt werden, da es hierbei vom Verkehrsaufkommen her keine Probleme gebe. Immerhin sei ein Rückbau bereits vor Jahren mit Erfolg im oberen Bereich der Nürnberger Straße umgesetzt worden. Allerdings hatte dies zur Folge, dass die „Wettrennen“ im unteren Bereich stattfinden würden. Die nötigen Finanzmittel sollen bereits im kommenden Haushalt 2012/13 eingestellt werden. Der Bezirksbeirat stimmte gestern dem Antrag zu.



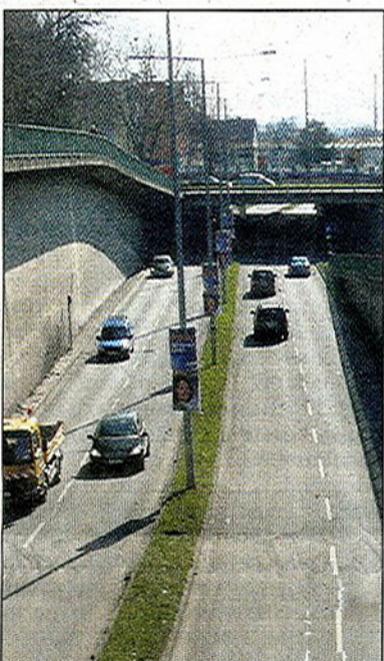
Kurz nach der Einmündung Remstalstraße wird die Nürnberger Straße zweispurig. Viele Autofahrer scheren nach links aus und fahren mit höherer Geschwindigkeit weiter, was zu einem lauterem Lärmpegel führt. Fotos: Nagel

### LÄRMAKTIONSPLAN

(ull) – Die Belästigung durch Lärm hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Laut einer Umfrage des Umweltbundesamts 2002 fühlen sich 65 Prozent der Bevölkerung durch Straßenverkehrslärm belästigt. Des Weiteren beklagen sich 37 Prozent über Fluglärm, 23 Prozent über Schienenverkehrslärm, 27 Prozent über Industrie- und Gewerbelärm und 40 Prozent über Nachbarschaftslärm. Lärm ist jedoch nicht nur belästigend, sondern schädigt auch die Gesundheit. Einer Untersuchung des Umweltbundesamts zufolge steigt das Herzinfarkt-Risiko um 20 Prozent bei Menschen, die dauerhaft Schallpegeln von über 65 dB(A) ausgesetzt sind. Dieser Pegel ist jedoch ein durchaus üblicher Wert für Hauptverkehrsstraßen. Fast 13 Millionen Menschen (16 Prozent der Bevölkerung Deutschlands) müssen diese Lärmbelastung ständig ertragen. Nach dem Rauchen gilt Lärm als wichtigste Ursache für Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Für die öffentliche

Hand erwächst daraus die Verpflichtung, im Sinne der Gesundheitsvorsorge auch geeignete Maßnahmen gegen dauerhaft hohe Lärmbelastungen zu ergreifen. Der Gesetzgeber reagierte mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, durch das der Mensch unter anderem vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche geschützt werden soll. Das Amt für Umweltschutz führte im gesamten Stadtgebiet umfangreiche Verkehrslärmmessungen am Straßenrand durch. Die Ergebnisse liegen als Verkehrslärmkartierung vor und stehen den Bürgern in Form einer Datenbank zur Abfrage von Lärmwerten an Straßen zur Verfügung. Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat im Juli 2009 beschlossen, den Entwurf des Lärmaktionsplans Stuttgart zu veröffentlichen. Bürgerinnen und Bürger, die Verbände, Organisationen oder Gruppen etc. konnten sich bis zum 11. September 2009 zum Entwurf äußern. Die eingegangenen Kommentare wurden von der Verwaltung

geprüft und in einer Übersicht zusammengestellt. Inhaltliche Veränderungen im Maßnahmenkonzept mussten nicht vorgenommen werden. Am 5. November 2009 wurde der Lärmaktionsplan vom Gemeinderat beschlossen. Das Dokument ist eine „Momentaufnahme“ und enthält überwiegend Maßnahmenbündel und Programme mit Prüfaufträgen. Der Lärmaktionsplan wird alle fünf Jahre aktualisiert. Aus den Programmen des Lärmaktionsplan 2009 werden daher für den Lärmaktionsplan 2013 konkrete Maßnahmen zu entwickeln sein. Der Lärmaktionsplan ist ein Strategiepapier. Eine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung von Maßnahmen besteht nicht. Die Aussagen des Lärmaktionsplans müssen allerdings bei künftigen Planungen und Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung in die Abwägung mit einfließen. Über die Durchführung und Finanzierung der verschiedenen Maßnahmen ist jeweils durch Einzelbeschlüsse zu entscheiden.



Laut SPD und Grüne ist in der Gnesener Straße eine Spur verzichtbar.